basler stadtbuch cms
Christoph Merian Stiftung

Der massgeschneiderte Miniruck

Autor(en): Christine Richard

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1997

https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/7309320c-41f5-4d28-90ec-4f6787b83b09

Nutzungsbedingungen
Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.
http://www.cms-basel.ch
https://www.baslerstadtbuch.ch

Christine Richard

Der massgeschneiderte Miniruck

Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben einen Kulturvertrag geschlossen

Er kommt nicht, er kommt, er kommt nicht – er kommt doch! Nach langem Hin und Her konnte im November 1997 endlich der Kulturvertrag zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt unter Dach und Fach gebracht werden. Sein Zielgedanke: partnerschaftliche Zusammenarbeit beider Kantone im Kulturbereich per Staatsvertrag. Sein handfestes Ergebnis: ein Prozent der Steuereinnahmen der natürlichen Personen fliesst inskünftig aus dem Baselbiet an Kulturinstitutionen der Stadt Basel. In Zahlen ausgedrückt: statt der bisher 3,42 Millionen Kulturfranken wird die Stadt in Zukunft vom Land rund 7 Millionen Franken erhalten. Das ist eine glatte Verdoppelung, gerechnet allerdings immer auf der Grundlage des derzeitigen Steueraufkommens.

Der Vertrag gilt rückwirkend auf Anfang 1997 und läuft im Prinzip unbefristet, was den Kulturschaffenden eine längerfristige Planung erlaubt. Aber er kann Ende jeden Jahres wieder gekündigt werden, wovon allerdings längere Subventionsverhältnisse, etwa mit dem Theater Basel, nicht berührt sind.

Baselland zahlt und mischt mit

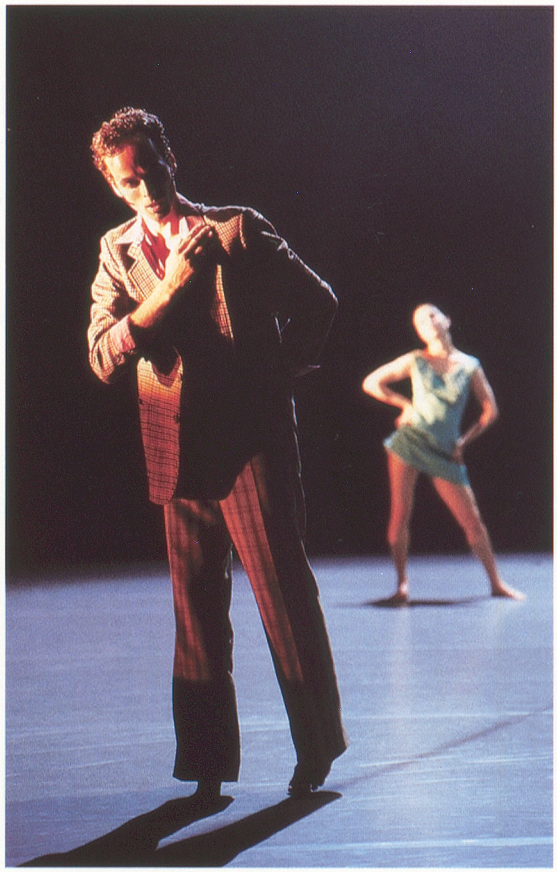
Das vom Steueraufkommen hochgerechnete Kulturprozent fliesst in zwei Töpfe. Der Landkanton stellt Basel nicht nur frei verfügbares Geld in einem Dispositionsfond zur Verfügung (derzeit rund 600 000 Franken); er mischt sich, in Absprache mit Basel, auch aktiv in die Kulturförderung der Stadt ein, er setzt Schwerpunkte, indem er für ein Dutzend ausgewählter Kulturträger feste Subventionen vorsieht (derzeit rund 6,4 Millionen Franken). Den Löwenanteil erhalten dabei das Theater Basel (mit 3,5 Millionen Franken statt bisher 1,5 Millionen) und die Stiftung Basler Orchester (mit 1,7 Millionen Franken). Der Landkanton, bekannt durch seine explizite Förderung zeitgenössischer Kunst und der sogenannten ‹freien› Szene, hat auch bei den kleineren Kulturinstitutionen teilweise massiv aufgestockt, etwa beim Vorstadttheater Basel. Von der Gunst der Stunde profitieren auch junge Truppen wie das Tanzensemble von Cathy Sharp, das sich somit etwas mehr konsolidieren kann. Dass die Kulturwerkstatt Kaserne die für Theatergastspiele dringend nötigen 100 000 Franken erhält, beweist, dass sich Liestal der Lücken im Basler Kulturleben klar bewusst ist, und dass hier nicht nach dem Giesskannenprinzip Gelder ungezielt verteilt werden. Indem sich Basel-Landschaft auch mit den künstlerischen Inhalten städtischer Kultur auseinandersetzt, wird es enger angebunden an Basel-Stadt.

Basel-Stadt hat nicht nur einen Geldgeber gefunden, sondern auch einen kompetenten Ratgeber in Kulturfragen – sehr spät allerdings. Andere Städte in der deutschen Schweiz, wie Basel überbürdet mit Zentrumsfunktionen, hatten sich ihre Partner schon längst gesucht. In Bern bestimmt das kantonale Kulturförderungsgesetz, dass bedeutende Kulturinstitute durch Kernstadt, Kanton und Umlandgemeinden finanziert werden; die Stadt selber muss nur 40 % aller Kultursubventionen aufbringen (allerdings meutern die kleinen Gemeinden gewaltig). In Zürich wird das Opernhaus (mit rund 53 Millionen Franken jährlich) zu 100 % vom Kanton getragen. Das ‹Neue Städtebundtheater› Biel und Solothurn wird entscheidend mitfinanziert durch die Regionsgemeinden und die Kantone Bern und Solothurn. Das einstige Stadttheater

Luzern ist inzwischen eine Stiftung von Stadt, Kanton und Agglomerationsgemeinden.

Ohne Partner geht es nicht

Ohne Verteilung zentralörtlicher Lasten auf die breiteren Schultern der ganzen Region läuft gar nichts mehr – schon gar nicht ein Theater wie das in Basel, das nicht nur der grösste Dreispartenbetrieb der Schweiz ist, sondern auch phasenweise von europaweiter Ausstrahlung, wie derzeit die Sparte Oper unter Albrecht Puhlmann beweist. Leistungen dieser Grössenordnung sind nur durch reiche Kantone oder durch den Bund angemessen finanzierbar; aber der Stadtkanton Basel ist klein, und der Kulturförderungsartikel, der den Einsatz von Bundesmitteln erlaubt hätte, scheiterte 1995 am Ständemehr. So bleibt den Städten nur noch das unmittelbare Umland – und wenn dieses ungenügend mithilft, dann werden Theater geschlossen wie in Chur oder verkleinert wie das Theater Basel, wo eine Vielzahl von Stellen in den Bereichen Tanz und Technik gestrichen wurden. In keiner vergleichbaren Stadt wurden – und werden, auch nach dem Kulturvertrag – zentralörtliche Kulturleistungen so ungenügend vom Umland mitgetragen wie in Basel. Die Stadt Basel, vor allem auch ihr Theater, war spät auf Brautwerbung gegangen. Dass der Bund mit einem Partner jenseits der eigenen Kantonsgrenze geschlossen werden musste, und dies ausgerechnet noch in Sparzeiten, hatte die Eheschliessung kompliziert und die Mitgift nicht gerade üppig ausfallen lassen. Für Basel-Landschaft bedeutet das im neuen Vertrag festgelegte Kulturprozent zwar eine Verdoppelung ihrer Beiträge an die Stadt – Chapeau! Gemessen jedoch an den, grob gerechnet, 130 Millionen Franken, die die Stadt pro Jahr für Kultur ausgibt, sind die insgesamt 8,14 Millionen (Kulturvertrag plus bisherige Einzelprojektförderung) immer noch sehr wenig. Ganz gewiss nicht verschwindend wenig, denn ohne den Kulturvertrag wären etwa das Marionettentheater oder das überregional bekannte ‹junge theater basel› in ihrer Existenz bedroht gewesen, hätte die Kaserne sich eventuell von der Sparte Tanz und Theater verabschieden müssen, hätte das Theater Basel nach dem Spardiktat der Stadt den Gürtel unerträglich eng schnallen müssen. Aber,



Zwei Szenen aus dem TanzTheater: ‹Hochland›.
◁ ▷

um beim Beispiel Theater Basel zu bleiben: dass die Stadt Basel den Theaterbetrieb trotz Kulturvertrag immer noch zu 90 % selber tragen muss, obwohl die Hälfte des Publikums gar nicht aus Basel-Stadt stammt, sondern von ausserhalb kommt (der Grossteil aus dem Baselbiet), ist immer noch rechnerisch eine Ungerechtigkeit. Auch nach dem Kulturvertrag ist es für Baselstädter schwer einsehbar, warum sie für das gleiche Leistungsbündel so viel mehr berappen sollen als die Baselbieter. Umgekehrt ist das grosse Theater Basel auf das Publikum aus der Gesamtregion angewiesen und wurde auch dafür konzipiert.

Der Kulturvertrag trägt einer Entwicklung Rechnung, die längst noch nicht abgeschlossen ist: Der Gegensatz zwischen ‹Stadt› und ‹Land› weicht zunehmend auf; Städter ziehen aufs Land und profitieren weiterhin von den Kulturleistungen der Stadt; Agglomerationen und ganze Kulturregionen werden wichtiger. Bei der

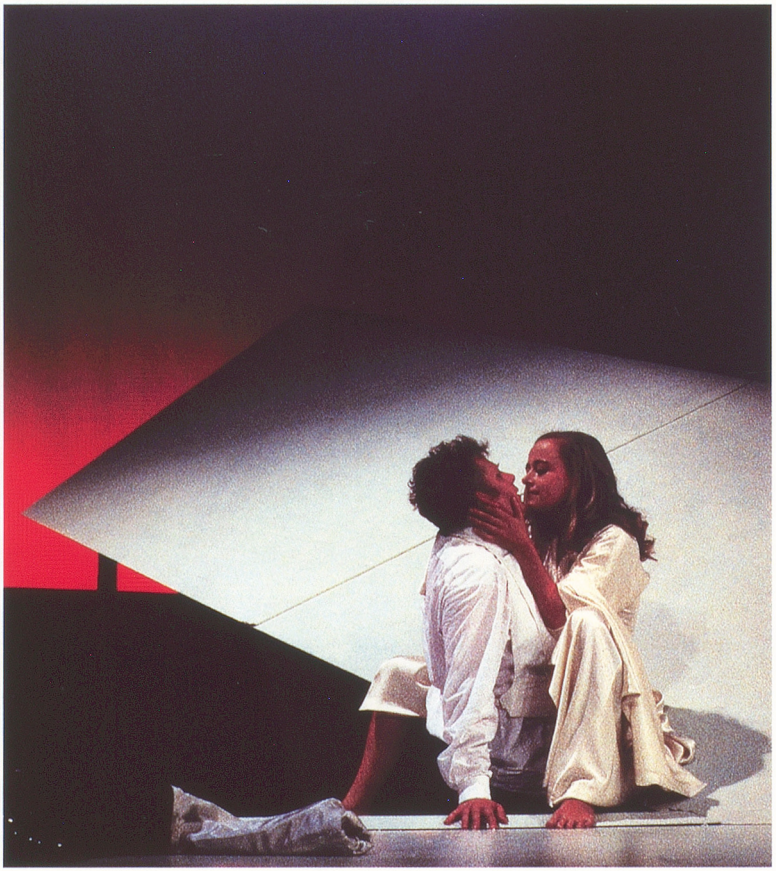
Strukturförderung der EU beispielsweise sind die Akteure und Adressaten immer seltener einzelne Städte, sondern Stadtregionen. So ist es nur konsequent und richtig, dass sich die Kulturabteilungen der beiden Halbkantone in den letzten Jahren schrittweise angenähert haben. Schon vor dem Kulturvertrag war Basel-Landschaft mit Rat und Tat und auch mit einer hübschen Summe Geldes in baselstädtischen Kulturinstitutionen dabei. Mehr als die Hälfte, die der Landkanton 1996 für zeitgenössisches Kulturschaffen ausgab, floss in die Stadt. Gemeinsam betrieben werden Fachausschüsse, die Projektgelder vergeben, etwa für Theater und Tanz; gemeinsam trat man 1995 für den inzwischen leider abgewiesenen Kulturförderungsartikel des Bundes ein; gemeinsam finanziert und betreut werden Festivals wie ‹Welt in Basel›; gemeinsam bewirbt man sich um das Label ‹Kulturstadt Europas 2001›.

Trotz aller Gemeinsamkeiten scheinen die gegenseitigen Vorbehalte der beiden Stiefgeschwisterkantone noch nicht überwunden zu sein. Die stolzen Städter gucken teilweise immer noch aufs Land hinab, als hätten sie es dort mit einem leicht zurückgebliebenen Naturvolk zu tun – und ignorieren, dass Schulbildung, Mediennetz, Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt die neue Liebe zur Natur längst Stadt und Land einander nähergebracht haben. Die Baselbieter revanchieren sich mit dem Stolz der Verachteten, sie pochen auf ihre eigene Kultur und auf die Natur – und ignorieren gerne, dass sie die Stadt als traditionellen Ort für Arbeit, Kultur und Weiterbildung extensiv nutzen und brauchen. Diese faktische Annäherung geschah im grossen und ganzen als Wildwuchs; der Kulturvertrag hebt diese Entwicklung nun, blumig gesagt, auf eine höhere Stufe der Zivilisation: auf jene der bewussten Zustimmung zum kulturellen Miteinander. Das ist sein geistiges Verdienst.

Die Idee ging vom Land aus

Obwohl die Stadt als ‹Zentrum des kulturellen Lebens› gerne den Geist für sich allein beansprucht, ging die Idee zum Kulturvertrag nicht von ihr aus, sondern wurde erstmals festgeschrieben in der Info-Gazette der Erziehungs- und Kulturdirektion von Basel-Landschaft. Im Bericht ‹Zeitgenössische Kunst- und Kulturförderung im Kanton Basel-Landschaft› 1996 schliesslich tauchte der Begriff ‹Contrat culturel› offiziell als mögliche Perspektive einer Zusammenarbeit mit Basel-Stadt auf. Die Regierung von Basel-Stadt hatte dazu allenfalls 1992 den äusseren Anstoss gegeben mit ihrer Aufforderung ans Theater Basel, sich ein 30 %-Sparszenario auszumalen und sich im übrigen doch bitteschön noch weitere Subventienten zu suchen.

Dass fast die Hälfte aller Theaterbesucher aus Basel-Land kamen, musste selbstverständlich finanziell stärker abgegolten werden als bisher. Der unglückliche Beschluss der Baselbieter Regierung vom Februar 1996, die Subvention ans Theater nur dann auf 4,5 Millionen Franken zu erhöhen, wenn das Stimmvolk gleichzeitig einer Steuererhöhung um 0,5 % zustimmt, verschwand gottlob im Juni 1996 in der Versenkung. Herausgezaubert wurde stattdessen erneut der Kulturvertrag. Noch mussten einige hohe Hürden genommen werden. Die Verabschiedung in den beiden Kantonsregierungen im Januar 1997 brachte leichte Korrekturen im Vertragstext: Beibehalten wurden zwar die beiden Töpfe – Institutionsförderung einerseits und frei verfügbarer Dispositionsfonds andererseits; aber um Basel-Landschaft stärker in die direkte Verantwortung gegenüber den einzelnen Kulturinstitutionen einzubinden, begnügte sich die Stadt nicht mit einem pauschalen Institutionsfonds, sondern beharrte darauf, dass Basel-Landschaft sich direkt mit der Lage der einzelnen Subventionsempfänger auseinandersetze, indem es in Absprache mit der Stadt nach einem Verteilungschlüssel direkt die Betriebsbeiträge an die einzelnen Institutionen ausschüttet. Was danach vom Kulturprozent noch übrigbleibt, fliesst in einen Dispositionstopf, den der Stadtkanton frei für ‹punktuelle Unterstützung› einsetzen darf – etwa als Zustupf für ein neues Schauspielhaus, wenn im Jahr 2001 der Mietvertrag in der Komödie ausgelaufen sein wird.



△ Szene aus Carl Sternheims ‹Der Snob›.

Nachdem der Kulturvertrag in seiner endgültigen Form von den beiden Regierungen beschlossen worden war, akzeptierte ihn im Juni 1997 auch der baselstädtische Grosse Rat einstimmig, wies aber zu Recht darauf hin, dass es sich nur um einen ersten Schritt handeln könne, weil die Kulturleistungen der Stadt immer noch unzureichend abgegolten würden. Mit wenigen Gegenstimmen sprach sich, ebenfalls noch im Juni, der basellandschaftliche Landrat für den Kulturvertrag aus. Das von den Schweizer Demokraten ergriffene Referendum führte schliesslich im Baselbiet zu einer Volksabstimmung im November 1997 – und mit knapp 59 % zu einem klaren ‹Ja› zum Kulturvertrag.

Der Kulturvertrag ist eine schwere Spätgeburt, bei der zwei Hebammen taktisch nicht immer geschickt herumhebelten, um die Zange in den

Mauricio Kagels Lieder-Oper ‹Aus Deutschland› trug den Ruf vom Theater Basel hinaus in die Welt. ▷

eigenen Griff zu bekommen. Beinahe wäre ihnen das Kind unter den Fingern weggestorben. Doch bei jedem Rucken und Zucken wuchs die Sensibilität der Geburtshelfer für einander. Dass die Geburt von langen Diskussionen begleitet war, hat das Kind letztendlich gekräftigt. Es weiss jetzt definitiv: es ist willkommen.

Gewinnerin ist auch die Lokalkultur

Der Kulturvertrag hat seine Legitimation vom Baselbieter Volk erhalten, vor allem von den Vorortsgemeinden, aber auch von den grösseren Zentren im Oberbaselbiet. Für sie gilt, was der Nationalökonom René L. Frey insgesamt feststellte: «Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gehören die Vorortsgemeinden zu den Gewinnern von zentralörtlichen Leistungen.» Diese Einsicht scheint bei der Abstimmung zu Buche geschlagen zu haben. Bleibt zu hoffen, dass die Gemeinden – wie andernorts auch – stärker die Stadtkultur mittragen helfen. Hier sind viele Modelle möglich, angefangen bei Patenschaften für bestimmte Projekte oder Institutionen, aufgehört bei einem gemeinsamen Abgabentopf für die Stadtkultur.

Wer Lokalkultur fördern will, muss inzwischen globaler denken. Längst geht es nicht mehr nur darum, die Riehemer oder Allschwiler Identität zu schützen gegen eine baselstädtische Kulturvorherrschaft. Die Kultur der Gesamtregion muss gestärkt werden gegen die Aufdringlichkeiten der Kommerzkultur, gegen die Dominanz von Zürich, auch gegen eine gesichtslose Euro-Kultur. So liebenswert kulturelle Kirchturmpolitik im einzelnen sein mag, so wirkungslos ist sie im allgemeinen. Es gilt, den Eigensinn regionaler Kultur zu bewahren im Miteinander, statt im widersinnigen Gegeneinander den Multis und Multikultis das Feld zu überlassen. Der Kulturvertrag ist ein erster Schritt dazu – ein massgeschneiderter Miniruck.